

18.03.2011

Missbrauch der Verwaltung macht Wahl anfechtbar

Unfairer und undemokratischer CDU-Wahlkampf in der Kritik

Bruchköbel. Der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) forderte die CDU Bruchköbel auf, die unlautere Führung des Kommunalwahlkampfes sofort einzustellen und verlangt von Bürgermeister Maibach (CDU) Aufklärung über einen offensichtlich missbräuchlichen und rechtswidrigen Einsatz der Verwaltung zu Gunsten des CDU-Wahlkampfes. Hintergrund ist eine Einladung des CDU-Stadtverbandes zu einer Wahlkampfveranstaltung am 20. März, die über die Abteilungen im Rathaus an alle städtischen Mitarbeiter verteilt wurde. Der BBB verlangt von Maibach, der selbst einer der sechs Unterzeichner der Einladung ist, dass dieser in der Stadtverordnetenversammlung am 22. März den Vorgang aufkläre oder die Verantwortlichkeit benenne. Dem Bürgermeister sei jegliche parteipolitische Betätigung in der Stadtverwaltung untersagt. Wenn er städtische Mitarbeiter zu Veranstaltungen seiner eigenen Partei einlade, verletze er seine Neutralitätspflicht. Durch den missbräuchlichen Versuch, als Vorgesetzter städtische Mitarbeiter zur Teilnahme am CDU-Wahlkampf „einzuladen“, also quasi aufzufordern, sei die Kommunalwahl vom 27. März in Bruchköbel bereits jetzt anfechtbar geworden. Der BBB fordert die CDU auf, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung nicht länger für den Wahlkampf zu missbrauchen. Die CDU und ihr Bürgermeister lenkten die Verwaltung nach Gutsherrenart und betrachten die Stadt offenbar mittlerweile als ihr Eigentum. Dem entsprechend unfair verhalte man sich gegenüber den demokratischen Mitbewerbern. So schrieb die CDU in ihrer Einladung von "nicht vom Volk gewählten Stadtverordneten". Mit dieser entgleisten Polemik beleidige sie alle 37 Stadtverordneten von Bruchköbel, indem sie ihnen schlechterdings die demokratische Legitimation abspreche. Selbstverständlich seien alle 37 Stadtverordnete direkt, frei und persönlich vom Volk gewählt, etwas anderes wäre nach dem Grundgesetz völlig unmöglich. Im übrigen seien aber auch Stadtverordnete nur ihrem Gewissen und nicht einer Partei verpflichtet. Das scheine die übrig gebliebene CDU nicht zu verstehen. Sie halte offensichtlich demokratische Entscheidungsprozesse und unabhängige Bürger für hinderlich und nur diejenigen Stadtverordneten für legitimiert, die die eigene Parteilinie

unterstützen: Das Motto "Klare" Verhältnisse, statt demokratische Verhältnisse sei doch das
eigentliche Motto der CDU.